„Der Courier"

Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
„Western Printers Association, Limited"

J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.

Bernhard Bott, Chefredakteur.

Geschäftsstelle in Regina, Sask.:
1835 Halifax Straße.

Geschäftsstelle in Edmonton, Alta:
9753 Jasper Avenue.

Mittwochausgabe 12—24 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West

MEMBERS OF A.B.C.

Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can. All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, *Managing Director.*
(Advertising Rates upon application)

Zu hohe Steuern!

Es gibt Leute, die glauben, die Verwaltung einer Provinz oder eines ganzen Landes könne nach den soliden und ehrbaren Grundsätzen eines reellen Privatgeschäftes geleitet werden. Sie bedenken dabei nicht, daß von der Regierung eines Staatswesens ganz andere Aufgaben, die auf dem Gebiete des Erziehungswesens, der sozialen Fürsorge, der Kunst und Wissenschaft, des Heereswesens, des Auslandsdienstes usw. liegen, zu bewältigen und zu lösen sind, die selbst dem größten privatwirtschaftlichen Unternehmen nicht obliegen. In Zeiten der Not kann ein Fabrikbetrieb oder ein Handelshaus einfach seine Tore schließen, ohne auf Arbeiter und Angestellte besondere Rücksicht nehmen zu müssen, während gerade in Wirtschaftskrisen dies Art der Staat erst recht seine Taschen öffnen muß, um die Arbeitslosen, die von Mißernte heimgesuchten Farmer usf. vor dem Verhungern und Erfrieren zu schützen. Dazu kommen in einem demokratisch regierten Lande die Ansprüche und Forderungen der Wählermassen, des sogenannten Volkes, das angeblich auch ein Wort mitreden darf. Die Sorge um die Erhaltung der Wählerstimmen und das Bemühen um weiteren Stimmenfang veranlassen dann die jeweilige Regierungspartei und Regierung zu Zugeständnissen und finanziellen Aufwendungen, die an sich nicht so dringend notwendig wären, aber im sogenannten demokratischen System begründet sind.

Es ist also eine reichlich naive Auffassung, wenn man Provinzial- oder Landesverwaltung mit einem Privatgeschäft auf eine Stufe stellen will. Das wäre so ähnlich, wie wenn man ein Zeitungsgeschäft mit einem Butter- und Käsehandel oder einer Wurstfabrik vergleichen wollte.

Ein Herr Floyd S. Chalmers verfällt in der Einleitung zu einem Artikel „Die zunehmenden Regierungskosten" in der ersten Dezembernummer von „Maclean's Magazine" in diesen Fehler. Interessant und lehrreich ist hingegen eine von Chalmers zusammengestellte Berechnung, wieviel an Steuern und Abgaben an Dominion, Provinz und eine kleinere Stadt auf eine fünfköpfige Familie in Canada entfällt. Im Jahre 1912 waren es $165, im Jahre 1920 waren es $405 und im Jahre 1930 waren es $508.25. Nach den ziemlich allgemeinen Schätzungen (die auch etwas hinken) war im Jahre 1912 der Lohn eines Arbeitstages aus zehn und im Jahre 1920 der Lohn eines Arbeitstages aus fünf notwendig, um die Steuern zu bezahlen. Nach dem Geschäftsjahrbuch der „Financial Poit" wurde der Nettowert der canadischen Produktion im Jahre 1930 auf $3,494,492,000 veranschlagt. Die Dominionregierung zog im letzten Finanzjahr bis zum 31. März Steuern in Höhe von $296,000,000 ein, die Provinzen insgesamt etwa $90,000,000 und die Gemeindeverwaltung annähernd $85,000,000. Ungefähr 20 Prozent des Nettowertes der canadischen Produktion wurden in direkten Steuern an die Kassen der Behörden abgeführt. Dabei sind die gewaltigen Einnahmen aus indirekten Quellen wie dem Alkoholverkauf, den provinzialen Naturwerten nicht mit eingerechnet. Das ergibt sich schon daraus, daß die canadischen Provinzialregierungen im Jahre 1929—30 insgesamt $185,000,000 ausgegeben haben, während nur $86,000,000 aus direkten Steuern flossen. Von 1913 bis 1930 nahm die canadische Bevölkerung um 32 Prozent zu, während die öffentlichen Ausgaben um 232 Prozent sich erhöhten.

Wenn wir diese wenigen Ziffern auf uns wirken lassen, müssen wir allerdings zugeben, daß die Zunahme der Ausgaben und Steuern der öffentlichen Körperschaften in keinem Verhältnis steht zur Vermehrung der Bevölkerungszahl. Wohl die ernsteste Seite der ganzen Betrachtung ist, daß sich mit der höheren Besteuerung auch höhere Preise einstellen, weil die Produzenten und Geschäftsleute ganz begreiflicherweise die schwereren Steuerlasten auf das kaufende Publikum abzuwälzen suchen. Ferner wird das Kapital aus dem Lande getrieben, die spekulative Initiative gedrosselt und der Unternehmungsgeist lahmgelegt, der Ausfuhrhandel geschädigt und so direkt oder indirekt das Einkommen eines jeden Bürgers beschnitten.

Doch es ist, das gesteht Chalmers ebenfalls zu, nicht nur die Schuld der Regierenden allein, daß wir in Canada unter so schweren und drückenden Steuerlasten seufzen, indem er erklärt: „Wir haben zuviel von unseren Regierungen verlangt und zuviel von ihnen erwartet. Wir wollten eine Luxusregierung und haben sie bekommen. Wir haben immer wieder erklärt, für dies oder jenes müsse ein Gesetz geschaffen werden, sodaß eine Bundesregierung und 9 Provinzialregierungen jährlich 1200 Gesetze herausgeben und 4181 Munizipalverwaltungen Tausende von Nebengesetzen aufhäufen. Jetzt aber wollen wir etwas andere.s Wir merken, daß wir in Canada überreguliert werden. Wir verlangen in erster Linie eine Beschneidung der Regierungsausgaben und eine Steuerverminderung. Wenn genug Leute in Canada darauf bestehen, wird es ihnen auch zuteil werden."

Hoffentlich hat Herr Chalmers nicht zu tauben Ohren gesprochen!

Sagen Sie es Ihren Freunden:

„Der Courier ist die führende deutsche Zeitung in Canada!"

Ein junger Südafrikaner und sein erster Schultag.

„Der Auslanddeutsche" in Stuttgart bringt einen Schülerbrief aus der Deutschen Schule in East London (Südafrika), zum Abdruck, der es verdient, auch weiteren Kreisen bekannt zu werden. Vielleicht spornt der Brief manche Eltern in Canada an, sich auch etwas mehr um deutschen Unterricht für ihre Kinder zu bemühen. Der junge Südafrikaner schreibt folgendes:

„Meine Mutter ist englisch, mein Vater ist deutsch. Und ich?? Ich heiße Cecil Schön. — Aus meinem Namen hört man gleich, daß ich zweierlei bin. — Meine Mutter will, daß ich ins englischen College zur Schule gehe. Aber die deutsche Lehrerin hat gesagt, ich müsse auch Deutsch lernen und in ihre Schule kommen. Englisch und Afrikaans (Kap-Holländisch) soll ich da auch lernen. Sie läuft immer hinter allen deutschen Kindern her und läßt ihnen keine Ruhe, bis sie in ihre Schule kommen. Sie ist wie ein Schäferhund, der seine Herde zusammentreibt. — Meine Mutter sagt: „I might try if I like to go to the German School." (Ich könnte es versuchen, wenn ich gerne zur Deutschen Schule gehe).

„Heute habe ich es versucht. Ich ging mit meinem deutschen Freunde Hans. Es gefiel mir sehr gut. Wir waren sehr vergnügt mit unserer Lehrerin. Wir haben gesungen, gezeichnet, geschrieben, gerechnet. Meine Mutter hatte mich blitzsauber angezogen. Ich sah aus wie ein „real gentleman". Aber meine Mutter hat auch zur Lehrerin gesagt: „I want him to be a man". —

In der Pause spielten wir auf dem Hofe. Es hatte gerade tüchtig geregnet. Pardauz! Da lag der „real gentleman" in einer Pfütze und war von oben bis unten dreckspritzend wie ein „real man". Unsere Lehrerin hat mich tüchtig abgeschrubbt. Dann hat sie mir ihren Badeanzug und eine Wollsacke angezogen und meine Sachen getrocknet . . . Wie sah ich nun aus! Alles schlotterte mir um den Leib; ruppig, struppig war ich — wie ein Räuberhauptmann. Aber sehr lustig war es. Es gefiel mir sehr gut in der deutschen Schule. Nein, meine Mutter braucht nicht bange zu sein, daß ich hier nicht lernte, ein Mann zu werden! Hier war man lustig und gar nicht zimperlich.

„Am Mittag war mein Zeug wieder tip-top. — Hans und ich gingen vergnügt nach Hause. Von jetzt an will ich alle Tage in die deutsche Schule gehen. Ich werde beide Sprachen lernen: die von Vater und Mutter. Wozu heiße ich denn Cecil Schön?"

So kann es nicht mehr lange weitergehen.

„Die Politik der alten Welt, die seinerzeit zum Weltkriege führte, ist im wesentlichen noch genau so auf einen kriegerischen Konflikt angelegt, wie vor dem Schicksalsjahre 1914. Wenn nicht noch ein Wunder geschieht und die maßgebenden Nationen es möglich finden, ihre politischen Beziehungen aufeinander abzustimmen, so wird eine neue noch fürchterlichere Menschenschlächterei auf die Dauer unvermeidlich sein." Das ist die Schlußfolgerung, zu der Frank H. Simonds, der bekannte Weltkriegshistoriker, in einem die Presse verlassenden Buche gelangt, das betitelt ist: „Kann Europa Frieden halten?"

Simonds ist der irrigen Ansicht, Deutschland habe niemals den guten Willen gehabt, die ihm aufgezwungenen (unmöglichen) Reparationsverpflichtungen zu erfüllen, und habe mit geborgtem amerikanischem Gelde „überlegterweise" wirtschaftlich-finanziellen „Selbstmord" verübt. Aber er sagt zweifellos die Wahrheit, wenn er meint, daß die alliierten Schulden und zum größeren Teile auch der Young-Plan „tot" seien und das Hoover-Moratorium nicht lediglich für ein weiteres Jahr, sondern für absehbare Zukunft überhaupt prolongiert werden müsse, und wenn er zusammenfassend erklärt: „Die durch den sogenannten [illegible] den von heute herbeigeführten Elendszuständen in der ganzen Welt spotten jeder Beschreibung, und es ist klar, daß es so, wie es, seit 1914 ging nicht mehr lange weitergehen kann."

Weltumschau

Deutsche Zoll-Notverordnung. Ein Noterlaß, durch welchen die deutsche Regierung geradezu uneingeschränkte Vollmacht zur Zollerhöhung erhält, wurde von Präsident von Hindenburg unterzeichnet. Die neuen Machtbefugnisse, die im Falle „dringender wirtschaftlicher Notwendigkeit" zur Ausübung kommen sollen, schließen das Recht ein, Zölle derart zu erhöhen, daß sie einem Einfuhrverbot gleichkommen. Man erwartet aber, daß sie keinen großen Einfluß auf die amerikanische Einfuhr nach Deutschland haben. Handelssachverständige weisen darauf hin, daß die Masse der Einfuhr aus den Vereinigten Staaten aus Rohmaterial und halbfertigen Waren besteht, die für das deutsche Industrieleben notwendig sind.

Die neue Notverordnung, die kürzeste, die je erschien, seitdem das Kabinett durch Präsidentenerlasse regiert, lautet: „Die Regierung wird ermächtigt, während der Dauer der Reichstagsvertagung im Falle dringender wirtschaftlicher Notwendigkeit, 1. bestehende Einfuhrzölle abzuändern; 2. ein System zeitweiliger gegenseitiger Verträge mit anderen Ländern zu bewirken."

Der Hinweis auf gegenseitige Verträge wird von einigen Seiten dahin aufgefaßt, Deutschland in die Lage zu versetzen, über Zollfragen mit England zu verhandeln, das jetzt mit einem Schutzzollsystem experimentiert, ohne den Reichstag im Anspruch zu nehmen.

Amerikanische Weizenfarmer haben von einer Zollerhöhung wenig zu befürchten, da der jetzige Zoll von ungefähr 36 2 jede Einfuhr so gut wie ausschließt. Einige Fabrikate, die weniger als 20 Prozent der amerikanischen Ausfuhr nach Deutschland darstellen, mögen von den neuen Vorschriften betroffen werden.

Die neuen Regierungsvollmachten bleiben in Kraft bis zum Wiederzusammentritt des Reichstages am 23. Februar.

Vor der Entscheidung der deutschen Krise. Zur Entscheidung treiben die finanziell-wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands im kommenden Winter, und damit mag sich auch das politische Schicksal Deutschlands entscheiden. So äußerten sich in New York solche Autoritäten wie Dr. John T. Madden, der Dekan der Handels- und Finanz-Akademie der New York-Institute (einer Gründung der Investment-Banken), und Professor Dr. Marcus Nadler von der gleichen Hochschule, der gleichzeitig Vizedirektor des genannten Instituts ist.

Die beiden Experten faßten die Entwicklung der Dinge in der deutschen Krise zusammen und unterstrichen dabei den Gegensatz der Auffassungen und Interessen zwischen Frankreich auf der einen und Amerika und England auf der anderen Seite. In Paris besteht man darauf, daß die Reparationsverpflichtungen des Reiches den Vorrang vor den Ansprüchen der Privatgläubiger haben müssen, was seinen Grund darin hat, daß die Franzosen sich so gut wie garnicht an der Finanzierung der deutschen Nachkriegs-Wirtschaft beteiligt und nur äußerst wenig Gelder in Form kurz- oder langfristiger Anleihen im Reiche angelegt haben. Andererseits sind die privaten Kapitalsanlagen von Amerikanern und Briten in der deutschen Industrie beträchtlich, und auf dieser Seite verlangt man nun, daß die Erfüllung dieser privaten Verpflichtungen Deutschlands nicht durch Eintreibung rein politischer Schulden, das heißt der Reparationen beeinträchtigt werden dürfe.

Die beiden New Yorker machten kein Hehl daraus, daß sie den französischen Standpunkt für äußerst kurzsichtig und geradezu selbstmörderisch halten. Wenn es nach den französischen Wünschen gehe, so werde Deutschland eben in den Konkurs gestürzt, und die Folge werde sein, daß es selbst zur Erfüllung seiner Reparationsverpflichtungen außer Stande sein werde, und weder die Regierungen der Gläubiger-Staaten, noch die Privatgläubiger Geld sehen würden.

Die beiden Professoren bezifferten den Gesamtbetrag der deutschen Kurzanleihen auf $2,200,000,000 bis $2,500,00,000 gegen einen Betrag von $1,900,000,000, der in dem Bericht des Wiggin-Ausschusses genannt wird. Die aus langfristigen Anleihen resultierenden deutschen Verpflichtungen schätzen sie (für Ende 1930), auf annähernd $3,800,000,000, was jährlichen Zinskosten in Höhe von $250,000,000 entsprechen würde. Es sei klar, daß Deutschland nicht fähig sei, allen diesen Ansprüchen zu genügen oder auch nur solchen Ansprüchen, wie sie sich aus den Kurzanleihen ergeben, in vollem Umfang gerecht zu werden. Es müsse nun versucht werden, in diesem Punkte zu einer Einigung zu gelangen, die für die privaten deutschen Kreditnehmer nicht ruinös sei. Die Verpflichtungen auf Grund der langfristigen Anleihen müßten natürlich weiter erfüllt werden. Hinsichtlich der Reparationen — Deutschland würde in den mit dem 1. Juli 1932 beginnenden 12 Monaten annähernd $400,000,000 an Reparationen zu zahlen haben, darunter $137,000,000 an „unaufschiebbarer" Kriegsentschädigung — nehmen die Gelehrten an, die Lösung des Problems liege in einer Ausdehnung des Hoover-Moratoriums.

Putschversuch in Ungarn. Wie im Auswärtigen Amt in Budapest angedeutet wurde, war ein Putschversuch, der in Ungarn kürzlich unterdrückt wurde, in Wirklichkeit nur eine Verschwörung von Raubgesindel, die Staatsmacht an sich zu reißen, um Banken auszuplündern und reiche Leute zu brandschatzen. Die ungarischen Beamten enthüllten, daß ein Maurer, ein Elektrizitätsarbeiter und ein Landvermesser an der Spitze dieses Diktaturkomplotts standen, und versicherten nochmals, daß keine bedeutende Persönlichkeit daran beteiligt war; die Führer seien einfach abenteuerische Verbrecher gewesen.

Budapester Zeitungen erfahren, daß sie einen Spießgesellen in einem der Militärmagazine hatten, der ihnen die nötigen Uniformen liefern wollte, damit sie sich als Soldaten verkleiden könnten, um sich in den Besitz der öffentlichen Gebäude zu setzen und ihre Wächter zu entwaffnen. Dann sollten Banken ausgeplündert und reiche Leute eingesperrt werden, um Lösegeld von ihnen zu erpressen.

Wie es kam, daß sie eine über das ganze Land verbreitete Verschwörung in Gang zu bringen vermochten, ist noch nicht ganz klar. Darüber dürfte die Regierung dem Parlament Auskunft erteilen.

Mehr als hundert Verdächtige sind festgenommen, aber nur 39 dabehalten worden, nachdem alle Arrestanten einem hochnotpeinlichen Verhör unterzogen worden waren. Die Namen der Verhafteten gedenkt die Polizei aber erst bekannt zu geben, sobald sie sich endgültig von ihrer Mitschuld überzeugt haben wird.

Enttäuscht über Laval-Rede. Die Rede des französischen Premiers Laval in der Kammersitzung in Paris hat die deutschen Amtskreise tief verstimmt. Lavals Erklärung, daß er nur einer Neuordnung der Reparationszahlungen Deutschlands zustimmen und nicht bilden werde, daß den deutschen Privatschulden eine bevorrechtete Stellung vor den Reparationszahlungen eingeräumt werde, wird in Berlin als eine gefährliche Klippe angesehen, welche der wirtschaftlichen Erholung der Welt in den Weg gelegt worden ist. Man schließt aus allem, was Laval gesagt hat, darauf, daß die ganzen jüngsten Unterhandlungen Frankreich und Deutschland nicht einen Schritt näher aneinander gebracht haben, und daß daher die Zukunftsaussichten sehr düster geworden sind.

Die meisten Berliner Zeitungen sind von der Rede Lavals so entmutigt, daß sie sich in ihren Leitartikeln über sie ausschweigen. Nur die deutschnationale „Deutsche Zeitung" enthält eine Besprechung der Rede des französischen Premiers, welche darin als „ein neuer Schlag ins Gesicht für die sogenannte Verständigungspolitik" charakterisiert wird.

Das britische Pfund fällt. Das Pfund Sterling setzte seinen starken Rückgang fort und erreichte am 1. Dezember an der New Yorker Börse mit $3.30 den niedersten Stand in 10 Jahren. Weitere Verkäufe wurden von allen Seiten, Frankreich, Holland, England und anderen Hauptfinanzländern gemeldet.

Wie Wall Street-Meldungen besagen, sind bis jetzt von der britischen Regierung noch keine Bemühungen gemacht worden, das Pfund zu stabilisieren. Obwohl französische Bankiers und die französische Regierung eine Stabilisierung befürworten und nach Meldungen von Paris bereit sind, für diesen Zweck eine Anleihe zu geben, bezweifelt doch die Finanzelente der Wall Street, daß eine solche Bewegung in nächster Zeit angestrebt wird. Wie kürzliche Meldungen besagten, wurde Großbritanniens Außenhandel durch den niederen Preis für Sterling stabilisiert.

Die deutsche Reichsmark, die Nachfolgerin der alten deutschen Mark, die vor zehn Jahren in dem dramatischen Sturz, dem je eine ausländische Geldrate ausgesetzt war, eine Rolle spielte, steht heute unter den Aristokraten der Weltgeldeinheiten unter den ersten.

Ungleich den anderen ausländischen Geldraten, für die ein freier Markt besteht, ist es nahezu unmöglich, die Reichsmark frei zu verkaufen. Große New Yorker Banken sagen, daß dies auf die große Schwierigkeit in der Erlangung von Reichsmark zurückzuführen ist, und die Ursache hierfür sind die von der deutschen Regierung eingesetzten Beschränkungen der Ausfuhr von deutschen Kapital.

Gandhi fordert volle Unabhängigkeit. Ministerpräsident Ramsay MacDonald schloß die zweite indische Rundtisch-Konferenz mit der Erklärung, daß sie in der Lösung des Kommunalproblems erfolglos war, und daß die Arbeiten für Vorbereitung der Unabhängigkeit für Indien weitergehen würden.

Mahatma Gandhi sagte in seiner letzten Ansprache, daß, soviel er aus der Rede des Ministerpräsidenten entnehmen könne, er und die britische Regierung am Scheideweg angelangt seien. Der Mahatma wies die von seinen Kollegen gemachten Kompromißvorschläge zurück und erklärte, er würde nach Indien zurückkehren mit dem festen Entschluß, die bürgerliche Ungehorsamkeits-Kampagne wieder zu eröffnen, es sei denn, daß die britische Regierung den Millionen von Indien geben würde, was er als "wirkliche Freiheit" bezeichnete.

MacDonald sagte, daß die Arbeit der Konferenz durch ein Komitee fortgesetzt werden würde. Während die Delegaten Beifall spendeten, sagte er, daß die gegenwärtige nationale Regierung die Versprechen der vorhergehenden Arbeiter-Regierung bezüglich Indiens Zukunft voll übernommen habe. „Wir müssen wieder zusammentreffen", sagte er unter großem Beifall. „Wir haben die Aufgabe angefangen und nun laßt uns weiterbauen."

Das Ziel, sagte er, ist eine Föderation sich selbst regierender Provinzen, doch fügte er hinzu, daß, da die Indier nicht in der Lage sind, unter sich selbst Einigung zu schaffen, die britische Regierung keine Absicht habe, "die Verantwortung denjenigen aufzudrängen, die für deren Uebernahme nicht vorbereitet sind."

„Sie müssen unter sich selbst zu einer Einigung kommen," sagte er, und zwar „über die Vertretung der Minderheiten. Ich wünsche, daß Sie hier Fortschritte machen."

Der Ministerpräsident bat Gandhi, nicht von den Wegen der Versöhnung abzuweichen. „Mein lieber Mahatma," sagte er, „laßt uns den Weg der Freundschaft gehen. Er ist der beste Weg, und Sie mögen feststellen, daß er der einzige Weg, der uns beide in die Lage bringt, großen Stolz in unsere Arbeit zu legen."

Der Mahatma saß stumm in sein Gewand gehüllt bis zum Ende seines Schweigetages. Dann begann er zu sprechen. „Ich würde alles unternehmen, um ein ehrliches Abkommen zu erzielen, ohne die Millionen von Männern, Frauen und Kindern der schrecklichen Prüfung der Ungehorsamkeitskampagne auszusetzen", sagte er, „aber wenn der Kampf erneut entsteht, werde ich ihn mit Freude eröffnen. Ich sehe keinem Kompromiß im Wege, vorausgesetzt, daß es ehrlich ist und die wirkliche Freiheit bedeutet. Nennen sie es, wie sie wollen, aber ich wünsche vollständige Unabhängigkeit."

Neue spanische Verfassung. Die Nationalversammlung beförwortete die vollständige Verfassung der neuen spanischen Republik und überwies das Dokument einem Komitee zur endgültigen Abfassung. Die neue Verfassung beschreibt Spanien als eine „Republik von Arbeitern aller Klassen in einer Regierungsform von Freiheit und Gerechtigkeit."

In der Verfassung wird die Trennung von Kirche und Staat vorgesehen, ferner die Unterdrückung von religiösen Orden, die eine höhere Autorität als die der Regierung anerkennen, die Einrichtung einer Zivilerziehung, die Rechtmäßigmachung der Scheidung, gleiches Wahlrecht für Männer und Frauen und ein erweitertes Programm landwirtschaftlicher Reformen.

Der provisorische Präsident Manuel Azana, gab bekannt, daß sich die Nationalversammlung dahingehend geeinigt habe, daß am 10. Dezember ein ständiger Präsident der Republik gewählt wird, und daß das gegenwärtige Kabinett sofort nach seinem Amtsantritt zurücktreten wird.

Nothilfe-Appell des Papstes. Papst Pius XI. sieht die Hand Gottes" in der großen wirtschaftlichen Not der Welt. In einer Ansprache, welche vom Papst bei einer Heiligsprechung gehalten wurde und jetzt von dem Vatikanblatt „Osservatore Romano" veröffentlicht wird, spielte der Papst auf Dino Grandis jüngste Reisen nach Berlin und Washington und die gleichzeitigen oder vorangegangenen Reisen anderer Staatsmänner an und bemerkte dazu: „Männer gehen und kommen, über die See, über die Berge, und reden miteinander, aber wer hat in all diesem Gerede, in all diesen Besprechungen und Erörterungen Gott erwähnt? Wer hat von seiner Vorsehung gesprochen?

„Die Not ist zu allgemein, als daß sie Menschenwerk sein könnte. Offenbar macht sie die Hand Gottes fühlbar und die Tatsache, daß alle Dinge der Welt der Hand Gottes gehorchen. Gott war es, der uns Jahre des Ueberflusses gab, Jahre, von denen wir jetzt kaum noch glauben, daß sie da waren. Der Herr hat gegeben, der Herr hat genommen."

Zum Schluß forderte der Papst in der Ansprache die Menschen der Welt auf, den Notleidenden zu helfen, und zwar richtete er seinen Aufruf „nicht bloß an die Reichen, welche den allgemeinen Schiffbruch überlebten, sondern auch an die Armen; denn er habe Vertrauen zu der Hochherzigkeit der Armen."

Rußland braucht noch mehr Ingenieure. Rußland wird im Jahre 1932 noch mehrere tausend ausländische Ingenieure und Techniker nötig haben, wie von Sowjetbeamten mitgeteilt wurde. Bogdanow, Betriebsleiter des Lokomotiven-Fabriktrusts, erklärt, daß die Geschäftsführung seines Industriezweiges noch 3500 Techniker mehr gebrauchen wird, während die auf den technischen Schulen ausgebildeten Studenten nur in einer Anzahl von 1500 zur Verfügung stehen. Die anderen notwendigen Kräfte werde man aus dem Auslande heranziehen müssen.

Von dem einen Mitglied des Vorstandes des obersten Wirtschaftsrats, Bittner, wurde dargelegt, daß viele der 5000 ausländischen Ingenieure und Techniker, die sich derzeit in Rußland betätigen, ihren Arbeitskontrakt erneuern und nach Jahresschluß weiter im Dienst bleiben werden. Jedoch die Entwicklung der nationalen Wirtschaft Sowjet-Rußlands würde noch viele weitere Tausende von Fachleuten erheischen.

Der Hinweis auf die Arbeitsverhältnisse in Rußland wurde insbesondere durch einen Appell der Verbände deutscher Arbeitgeber und Ingenieure veranlaßt, die darauf hinwiesen, daß 70 Prozent der deutschen technischen Fachleute derzeit beschäftigungslos sind.

Bogdanow bemerkte dazu, sein Betrieb dürfte in der Lage sein, eine Anzahl der erwerbslosen deutschen Spezialisten anzustellen, falls ihre Betätigung im Gereich der Erfordernisse des Lokomotiven-Fabriktrusts liege.

Fordert Revision des Versailler Vertrags.

(Fortsetzung von Seite 1)

Recht bemerkenswert ist auch folgende Bemerkung Hunters: „Jeder Mann, der den Versailler Friedensvertrag unterzeichnet hat, ist aus dem Amte entfernt, weil die Opfer nicht mehr an diese Leute und ihre Finanzhintermänner glaubten. Der Kredit ist tot. Wenn es nach Frankreichs Willen ginge, würden Deutschland und die Deutschen nicht mehr existieren. Wenn es nach dem Willen der alliierten Imperialisten ginge, würden Rußland und China in Wüsten verwandelt werden.

Aber diese Länder müssen unsere Absatzgebiete sein, und ohne sie müssen wir in kurzem selbst zu Grunde gehen."

Dann stellt der Verfasser die Frage: „Was ist das Heilmittel?" und seine Antwort darauf ist: „Wir müssen durch rücksichtslosen Kampf gegen alle Zolltarife wirtschaftliche Torheiten wie Polen, Eithland, Lettland und Tschechoslawakei und andere Zollausbeuter und Kreditjäger beseitigen. Darauf muß eine gründliche Revision der Friedensverträge folgen und eine deutliche Erklärung an Frankreich, daß die Welt seine Furcht, seine Habgier und seinen Haß, geschützt durch Vertragsverpflichtungen, um uns alle in das wirtschaftliche Chaos und den Kommunismus zu treiben,

nicht länger mehr dulden wird.

Wir müssen Frieden und Handel mit Rußland haben. Wir müssen unseren Kredit beim amerikanischen Volk wiederherstellen, das gleich uns zum Opfer der sinnlosen Stupidität jenes Finanzkonzerns geworden ist, der in Paris die hohen Ziele und den Idealismus seines Hauptvertreters Wilson zunichte gemacht hat. Die Welt muß kaufen und verkaufen oder sterben."

Noch manches prachtvolle und kernige Wort ist im Artikel Hunters enthalten, dessen Unerschrockenheit und Mut auch den ins Zivilleben zurückgetretenen Soldaten auszeichnen. Wer mit der Waffe in der Hand auf dem Felde der Ehre seinen Mann gestellt hat, hat auch im Frieden ein Recht, ein gewichtiges Wort in die Waagschale zu werfen. Hoffentlich beachten und überdenken Zehntausende von Canadiern den Aufsatz in "Maclean's Magazine" vom 1. Dezember, um mit Oberstleutnant Hunter in den Ruf einzustimmen: „Zerreißt den Versailler Vertrag und schafft eine neue Weltordnung!"

Abstimmung über Prohibition in Finnland.

Helsingfors. — Auf Kabinettsbeschluß wird dem Landtag eine Gesetzvorlage eingereicht werden, die zur Anrufung eines Volksentscheids über Finnlands Prohibitionsfrage ermächtigen soll.

Es soll über drei Fragen entschieden werden, Widerruf, Abänderung oder Beibehaltung der gegenwärtigen Gesetze. Die Abstimmung soll am 29. und 30. Dezember stattfinden.

Türkisch-bulgarischer Pakt in Sicht.

Istanbul. — Der bulgarische Premier Muchtanow traf hier ein und reiste nach Angora weiter. Politische Beobachter sind der Ansicht, daß der Bulgare gekommen ist, um über einen bulgarisch-türkischen Pakt zu verhandeln, der eventuell zu einer allgemeinen Balkan-Föderation führen könnte.

Dr. Schacht bei Automobilunglück verletzt.

Waaren, Mecklenburg. — Der frühere Reichsbankpräsident Dr. Hjalmar Schacht ist hier bei einem Autounfall schwer verletzt worden.

Die Limousine, in der Schacht fuhr, geriet auf der vereisten Landstraße ins Schleudern und überschlug sich. Der frühere Reichsbankpräsident trug schwere Schnittwunden am Kopfe und Quetschungen davon, sodaß er ins Hospital überführt werden mußte. Sein Sohn Jens wurde leicht verletzt, während der Chauffeur mit dem Schrecken davonkam.

Dr. Schacht wurde bei dem Anprall des Wagens gegen einen Holzhaufen durch die Windschutzscheibe geschleudert und blieb bewußtlos liegen. Das Auto wurde zertrümmert.

Im Hospital wurde später erklärt, daß Dr. Schachts Verletzungen als ernst zu bezeichnen seien, daß jedoch keine Lebensgefahr bestehe und damit gerechnet werden könne, daß der Verletzte in vierzehn Tagen aus dem Krankenhause entlassen werden kann. Es sind mehrere Rippen gebrochen, doch sonst keine inneren Verletzungen festgestellt worden.